



Wer soll das letzte Wort haben, wenn über Pistenveränderungen am Flughafen Kloten entschieden wird? Für die einen ist es der Kantonsrat, für die anderen das Stimmvolk.

Keystone

## Pistenausbauten sollen vors Volk

**FLUGHAFEN** Der Zürcher Regierungsrat unterstützt die Volksinitiative «Pistenveränderungen vors Volk». Das kommt bei einigen Parteien nicht gut an. Zumal die Mehrheit im Kantonsrat gegen den Ausbau von Pisten am Flughafen Kloten ist.

In der Regel lehnt die Zürcher Regierung Volksinitiativen ab. Anders bei der Vorlage «Pistenveränderungen vors Volk». Diese verlangt, dass die Zürcher Stimmberechtigten bei geplanten Änderungen am Pistensystem des Flughafens Kloten in jeden Fall das letzte Wort haben sollen.

Das klingt vernünftig, ist aber heute nicht der Fall. Denn gemäss Flughafengesetz kann der Kantonsrat jegliche Ausbauten am Flughafen eigenhändig verhindern. Nur wenn er ein Bauvorhaben genehmigen sollte, kann heu-

te das Referendum ergriffen und damit eine Volksabstimmung erzwungen werden.

Den Initianten – flughafennahe Organisationen, Wirtschaftsverbände sowie Exponenten der FDP, der SVP und der CVP – missfällt diese Regelung. Nicht zuletzt deshalb, weil sich der Kantonsrat während der Richtplandebatte im März 2014 mit 93 zu 76 Stimmen gegen allfällige Pistenverlängerungen ausgesprochen hatte – und demnach sämtliche Ausbaupläne verhindern könnte. Diese

bekämpfen nebst SP, Grünen, GLP und EVP auch fluglärmbedroffene Politiker aus dem bürgerlichen Lager.

**Regierungsrat: «Mitsprache ist sinnvoll und legitim»**

Vor einem Jahr lancierten die Initianten ihren Vorstoss. Und hatten die 6000 erforderlichen Unterschriften in kürzester Zeit beisammen. Im Mai wurde die Initiative für gültig erklärt. Über ihre Meinung zur Vorlage schwieg sich die Regierung aber vorderhand aus. Gestern hat sie sich nun erstmals dazu geäußert – und ihre Unterstützung zugesichert.

Die Ausdehnung der Mitspracherechte des Volkes sei sinnvoll, verhältnismässig und aufgrund der grossen Bedeutung des Flughafens Zürich legitim, heisst es in einer Mitteilung. Dies bedeute aber nicht, dass der Regierungsrat einem allfälligen Ausbauprojekt zustimmen würde. Es gehe hierbei lediglich um die Anpassung eines Verfahrens und die Mitsprache der Bevölkerung.

Das sehen nicht alle so. Dass sich die Regierung gegen die Mehrheit des Kantonsrats ausspricht, stört insbesondere die Grünen und die Grünliberalen. Mit der Unterstützung der Initiative räume die Regierung dem Flughafen Sonderrechte ein, kritisiert die GLP. Dies sei nicht nachvollziehbar. Wenn, dann müsste das neue Vorgehen für alle Beschlüsse gelten und nicht nur für ein einzelnes Thema.

Deutlicher wird Esther Guyer, Fraktionspräsidentin der Grünen: «Es ist klar. Der Regierungsrat will die Instrumente so anwenden, dass es ihm nützt.» Die

Grünen vermuten, dass im Falle einer Abstimmung über Pisten ausbauten die vom Fluglärm am stärksten geplagte Bevölkerung in der Minderheit wäre.

Erstens hat das Zürcher Stimmvolk bisher stets pro Flughafen gestimmt. Zweitens erhofft sich der bevölkerungsstarke Süden durch eine Pistenverlängerung eine Entlastung. Mehr Lärm käme vor allem auf die östlichen und nördlichen Gebiete des Flughafens zu. Sie tragen bereits jetzt einen Grossteil der Lärmbelastung.

### Grüne: «Bevölkerung jeweils vom Regierungsrat belogen»

Sich dessen bewusst, spiele die Regierung die von Fluglärm Betroffenen gegeneinander aus, schreiben die Grünen. Und weiter: «Noch bei jeder Flughafenvorlage wurde die Bevölkerung vom Regierungsrat belogen.»

Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (FDP) widerspricht diesem Vorwurf. Dem Regierungsrat gehe es nicht darum, einseitig Partei für den Flug-

hafen zu ergreifen. Der Entscheid sei einzig und allein dadurch begründet, dass das Volk bei Flughafenprojekten in jedem Fall das letzte Wort haben soll.

Auf den Einwand, dass konsequenterweise auch bei anderen Dossiers das Volk abschliessend befinden müsste, will Walker Späh nicht eingehen. «Diese Grundsatzdiskussion sollte andernorts geführt werden. Im vorliegenden Fall erscheint es der Regierung gerechtfertigt, das Volk auch bei einem negativen Kantonsratsentscheid abstimmen zu lassen.»

Wann die Volksinitiative an die Urne kommt, steht noch nicht fest. Zunächst wird der Kantonsrat über den Bericht und Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission befinden. Formuliert diese keinen Gegenvorschlag, müsste die Abstimmung bis spätestens September 2017 erfolgen. Im Falle eines Gegenvorschlags ist der letztmögliche Abstimmungstermin im März 2018. *Heinz Zürcher*

## LUFTFAHRTPOLITIK DES BUNDES

# Regierung wehrt sich gegen drohenden Machtverlust

**Der Bund** will auf die Landesflughäfen mehr Einfluss nehmen. Dies geht aus dem Entwurf des luftfahrtpolitischen Berichts (Lupo) hervor, der seit Ende August zur Konsultation aufliegt. Gestern hat sich der Zürcher Regierungsrat dazu geäussert – und gleich mehrere Punkte kritisiert.

Besonders problematisch findet er die Aussage, wonach künftig die Grundsatzentscheide zu den Landesflughäfen mit referendumsfähigen Beschlüssen auf Bundesebene gefällt werden können. Mit anderen Wor-

ten: Die Bundesversammlung – und bei einem Referendum das Schweizer Stimmvolk – könnte künftig über die Zukunft des Flughafens Zürich entscheiden. «Dafür gibt es überhaupt keinen Anlass», sagt Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh. Schliesslich sei der Kanton Zürich stets verantwortungsbewusst mit Flughafenthemen umgegangen. Der Flughafen Zürich sei ein erfolgreiches Unternehmen – und auch die Swiss in einem anspruchsvollen und kompetitiven Umfeld gut unterwegs. Zudem habe sich das Zürcher Stimmvolk in meh-

ren Abstimmungen für den Flughafen Kloten ausgesprochen. Die Zürcher Bevölkerung trage immerhin die Hauptlast des Fluglärms, was nicht ignoriert werden könne. Und auf die Akzeptanz der Bevölkerung sei der Flughafen angewiesen.

Ob der Bundesrat auf die Einwände aus dem Kanton Zürich eingeht, wird sich zeigen. Regierungsrätin Carmen Walker Späh ist jedenfalls optimistisch und sagt: «Ich bin zuversichtlich, dass der Bundesrat einen weisen Entscheid fällen wird.» *hz*



Der Landbote  
8401 Winterthur  
052/ 266 99 00  
www.landbote.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 29'295  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.003  
Abo-Nr.: 1063000  
Seite: 1  
Fläche: 5'400 mm<sup>2</sup>

## Für die Pisten-Initiative

**FLUGHAFEN** Der Zürcher Regierungsrat unterstützt die Volksinitiative «Pistenveränderungen vors Volk». Dies hat er gestern mitgeteilt. Der Vorstoss bezweckt, dass die Stimmberechtigten im Kanton Zürich bei einem allfälligen Ausbauprojekt am Flughafen Zürich das letzte Wort haben. Dies ist heute nicht der Fall. Gemäss geltendem Flughafenengesetz könnte der Kantonsrat alleine ein Bauvorhaben verhindern. Angesichts der letzten Flug-

hafendebatten ist dieses Szenario sogar wahrscheinlich. Das Referendum kann heute nur ergriffen werden, wenn die Räte einem Pistenausbau zustimmen.

Grüne, Grünliberale und Fluglärmgegner kritisieren den Entscheid der Zürcher Regierung. Ihrer Ansicht nach besteht kein Anlass, dem Flughafen Zürich Sonderrechte zuzugestehen. Andernfalls müsse das neue Vorgehen für alle kantonsrätlichen Beschlüsse gelten. *hz*



Hauptausgabe

Aargauer Zeitung / Gesamt Regio  
5001 Aarau  
058/ 200 58 58  
www.aargauerzeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 78'282  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.003  
Abo-Nr.: 1063000  
Seite: 31  
Fläche: 48'857 mm<sup>2</sup>

# Kompetenzgerangel um den Flughafen

## Luftfahrtpolitik Die Zürcher Regierung will nicht, dass ihr der Bund Vorgaben macht: Das sei ein Misstrauensvotum



Die kürzeste Piste auf dem Zürcher Flughafen: Ob die Piste 10/28 verlängert wird, will der Bund entscheiden können.

KLY

VON OLIVER GRAF

Der Bund will sich in der Flughafenpolitik neu die Möglichkeit offenhalten, aktiv mitbestimmen zu können. Die Zürcher Regierung will aber nichts davon wissen, dass die Bundesversammlung in Bern darüber entscheiden könnte, ob nun in Kloten eine Piste verlängert wird oder nicht. «Das ist ein Misstrauensvotum gegenüber dem Kanton Zürich», sagt Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh. Und: «Für ein solches Misstrauensvotum gibt es keinen Anlass.» Die Kompetenzverschiebung vom Kanton an den Bund hat das Bundesamt für Zivilluftfahrt im Bericht über die Luftfahrtpolitik der

Schweiz 2015 (Lupo)» angeregt, der derzeit in der Vernehmlassung steht. Diese Machtübernahme ist zurückhaltend formuliert: «Angesichts der historisch gewachsenen Rolle der Standortkantone und der Wichtigkeit der lokalen Akzeptanz der Landesflughäfen will der Bund die Kantone nicht leichtlin übersteuern», heisst es. Aber «aufgrund der überregionalen, gesamtschweizerischen Bedeutung der Landesflughäfen» sei doch zu prüfen, ob nicht zumindest «richtungsweisende Entscheide mittels referendumsfähigen Bundesbeschlüssen gefällt werden sollen.»

### Bund will Blockade verhindern

Der Bund äussert die Befürchtung, dass angesichts der Fluglärmdebatte die weitere Entwicklung des Zürcher Flughafens blockiert werden könnte. «Der Kanton Zürich ist sich seiner nationalen Verantwortung bewusst», hält dem die Zürcher Regierung in ihrer ausführlichen Stellungnahme entgegen. «Er ist in der Vergangenheit stets verantwortungsbewusst damit umgegangen.» Auch Carmen Walker Späh verweist auf die verschiedenen kantonalen Abstimmungen der vergangenen Jahre, bei denen sich das Zürcher Stimmvolk stets für den Flughafen ausgesprochen habe.